

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 11päßige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 6 Wochen u. Wohnanzeigen, 10päßige Zeile u. Verlags 25%. Druckgebühren laut Tarif. Ausland. Beiträge geg. Voranzahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Druckerei: Martenstraße 33/40. Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1058 Dresden.

Druckerei: Meißner Dresden. Fernsprecher: Gabelmannstr. 25 241. Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unersuchtigte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22
Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96

Berliner Bureau:
Berlin W 56, Französische Straße 33a

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
Aufbewahrung von Wertpapieren zwecks Zinsschein-Einlösung
An- und Verkauf in- und ausländischer Werte
Vermittlung der Abstempelung tschechisch-slowakischer Wertpapiere

Keine Begrenzung der Entschädigung?

Französisch-belgische Übereinstimmung.

(Wagner-Präsidenten der „Dresdener Nachrichten“)
Genf, 21. Dez. Wasas meldet aus Brüssel: Die französische und die belgische Delegation haben bei voller Würdigung der Schwierigkeiten Deutschlands die Begrenzung der Schadenersatzsummen, die Deutschland zu zahlen haben wird, vor Ablauf eines Jahres als unmöglich abgelehnt. In dem übrigen Fragen wurde die Möglichkeit einer Verständigung anerkannt.
Brüssel, 21. Dez. Die Entente-Delegationen in Brüssel begannen heute Zweifel darüber zu hegen, ob auf der jetzigen Konferenz die Entschädigungsangelegenheit auch nur annähernd gelöst werden kann. Man hatte von Deutschland eine bestimmte Grundlage erwartet, welche die Höhe der Leistungen Deutschlands, sowie die Art und Dauer der Abzahlungen enthalten sollte. Die Angaben des Reichsbankpräsidenten Havenstein finden die Ententevertreter zu nichtern (!) und sind der Überzeugung, daß die deutsche Regierung nicht geneigt ist, von sich aus ein festes Angebot zu machen, das zu Verhandlungen geeignet sei. Trotzdem verkennen mehrere Diplomaten nicht die schwierige finanzielle Lage Deutschlands, und weisen auf die Annahme, daß in kurzer Zeit neue Verhandlungen geführt werden müssen.

Französisches Entgegenkommen?

Moskau, 21. Dez. In einem Pariser Bericht des „Corriere della Sera“ wird die entgegenkommende Haltung der französischen Regierung bei den Besprechungen in Brüssel hervorgehoben. Wo der Schadenersatz-Ausgleich sich in seinen anstehenden Fortschritten bis zu 20 Milliarden Goldfranken verhalten habe, hätten die beiden Delegationen, die sich im Auftrag der französischen Regierung nach Brüssel begaben haben, die Anweisung erhalten, sich verständlich (!) zu zeigen und im Laufe der Verhandlungen nach und nach zu erkennen zu geben, daß die Pariser Regierung ernsthaft wünsche, zu einem günstigen Übereinkommen (!) zu gelangen. Vor allem habe die Regierung Frankreichs nicht die Absicht, die Forderungen fanatisch auf die Spitze zu treiben, um auf jeden Preis zu neuen militärischen Bewegungen, besonders des Anbruchs, zu gelangen, sondern sie wolle in Brüssel Beweise eines praktischen Verständnisses ablegen. (Da.)
„Die Notiz hat hier“ ist wohl, allein mir fehlt der Glanz.“

Das Material der deutschen Delegierten.

(Wagner-Präsidenten der „Dresdener Nachrichten“)
Rotterdam, 21. Dez. „Duitsche Rakt“ meldet aus Brüssel: Die deutsche Delegation ist zu dem Festempfang durch die Stadt Brüssel eingeladen worden. — Die Deutschen haben

Das Reichsgerichtsurteil im Prozeß Erzberger-Helfferich.

Leipzig, 21. Dez. Am Prozeß Erzberger-Helfferich erkannte heute das Reichsgericht auf Verurteilung der Revisionen, sowohl des Angeklagten, als auch des Nebenklägers. Die sehr ausführliche Urteilsbegründung, die rein rechtlicher Natur war, schloß sich in allen Punkten den Ausführungen an, die der Reichsanwalt am Freitag gemacht hatte.

Einschneidende Finanzmaßnahmen Ungarns

Budapest, 21. Dez. An der Nationalversammlung entwickelte der Finanzminister Roland Gedeöcs sein Finanzprogramm. Die jährlichen Einnahmen der Staatsschulden, sowie die Abgaben an das feindliche Ausland betragen 15 700 Millionen Kronen, was das Land nicht ertragen könnte. Er beschloß eine schwere Verkürzung der größten Vermögen, sei jedoch kein Anhänger einer allgemeinen Vermögensabgabe. Er schloß eine Vermögensabgabe von höchstens 25 Proz. des Gesamtvermögens vor, wobei die Staatspapiere unangetastet bleiben. Die Aktienbesitzer würden verpflichtet sein, ihr Aktienkapital um 15 Proz. zu erhöhen und die Aktien unentgeltlich dem Staat zu überlassen.

Wir hoffen, daß die ausländischen Finanzminister unserem Beispiele folgen werden, weil kein Staat die ihm auferlegte Last länger tragen könne. Deutschland habe viel ungarische Kriegsanleihe gezeichnet, wofür ebenfalls 4 Proz. gezahlt würden. Er beschloß eine schwere Verkürzung der größten Vermögen, sei jedoch kein Anhänger einer allgemeinen Vermögensabgabe. Er schloß eine Vermögensabgabe von höchstens 25 Proz. des Gesamtvermögens vor, wobei die Staatspapiere unangetastet bleiben. Die Aktienbesitzer würden verpflichtet sein, ihr Aktienkapital um 15 Proz. zu erhöhen und die Aktien unentgeltlich dem Staat zu überlassen.

Die Aktien unentgeltlich dem Staat zu überlassen. Ferner beschloß er die Einführung einer Einkommensteuer und einer Maßnahme mit Herabsetzung der Freiheit des Geldverkehrs. Die Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank würden nächstens gegen Staatsnoten umgetauscht werden mit Abzug von höchstens 5 Proz. Später könne auch die Errichtung eines eigenen Notenbank zur Ausgabe gedruckter Banknoten mit Auslandskapital gelehrt werden. (W. L. B.)

die Ausweise der Deutschen Reichsbank für die Zeit vom 1. September 1918 bis 1. Dezember 1920 den Aktiven in einem besonderen Schriftsatz ausgestellt gemacht, ebenso die statistischen Ausweise der Einnahme der Steuern und der Lebensmittelaufnahme in 10 deutschen Großstädten für die gleiche Zeit.

Die Beratungen der Verbandsdelegierten

Brüssel, 21. Dez. (Wasas-Reuters.) Die Sachverständigen der Verbände trafen heute nachmittags zusammen und nahmen von den vorläufigen Berichten Kenntnis, die von den Sachverständigen vorbereitet waren, die den Antrag hatten, mit der deutschen Delegation Kontakt zu knüpfen. Die Prüfung dieser Berichte wird morgen beendet werden und die Delegation der Verbände wird dann Beschlüsse fassen, die der deutschen Delegation am Mittwoch mitgeteilt werden sollen.

Entschädigung über Genf.

In einem „Generel Bilanz“ überschriebenen Artikel schreibt der „Vorwärts“ zum Schluß der ersten Völkerbundversammlung, daß das Schicksal in Genf auf alle aufrechtigen Freunde der Völkerbundsidee hark entscheidend gewirkt haben werde.

Auch die „Deutsche Allg. Sta.“ kommt zu dem Schluß, daß in Genf noch der Geist von Versailles vorherrschend habe und daß schließlich doch eine neue Macht entstehen werde, die höher stehe, als das in den Verträgen niedergelegte Recht, eine Macht, deren Kraft in dem ewigen Bestande der heiligen Gerechtigkeit wurzelt. Nur eine solche Macht werde den wahren Völkerbund stiften.

Basel, 21. Dez. Die „Basler Nachrichten“ schreiben: Wenn ein Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wird, muß auch der Verband zu seinem Rechte kommen. Wenn Deutschland einmal beim Aufnahmeverfahren seine rechtliche Absicht, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, nachzuweisen hat, so wird richtig zu prüfen sein, ob und wo es trotz alten Willens oder mit bösem Willen im Rückstand ist. Diese Prüfung wird schwierig genug sein; daß französischer Jura sie nicht bewältigen kann, ist für jeden Zuhörer der Rede Bismarck's jetzt schon sicher.

Die „Nationalzeitung“ sagt: Theoretische Anerkennung für die Universalität des Völkerbundes aus dem Munde von französischen Delegierten empfinden wir als unausrichtig. Eine Aufnahme, deren Voraussetzung die Erfüllung von erstrehten Jugendwünschen, von Selbstentwürdigung oder gar von Unmöglichkeit ist, bedeutet tatsächlich ein Aufnahmeverbot und sabotiert den Völkerbund. (W. L. B.)

Ein Abendswort Fehrenbachs.

Berlin, 21. Dez. In der neuesten Nummer des „Trennen & Fahren“ findet sich ein Abendswort des Reichsanwals, das dem im deutschen Volke weitverbreiteten Bestrahlung nach Maßgabe entgegenzuwirken vertritt. Die heutige Weltanschauung ist nicht von ewiger Dauer und die europäische Mitte durch keinen Gewalt oder List auf die Länge aus der friedlichen Entwicklung des Völkerlebens auszuschalten. Dringend notwendig sei die Wiederherstellung des Volksgeistes. An die Spitze stellt Fehrenbach die Notwendigkeit der inneren Verlebendigung unseres Volkes. Wir haben, schreibt er, vor den äußeren Feinden die Massen niederzulegen, und dabei befinden wir uns untereinander mit einer Erbitterung, die allen Grundrissen des Nationalismus ins Gesicht schlägt. Wir sind arm geworden und müssen dem Ausland zinsen, und dabei verwenden wir Zeit und Arbeitskraft in unanständlichen Lohnkämpfen. Wir leiden Not an allen Ecken und Enden, und dabei wird halt des Aufbaues der Wirtschaft von kleinen Gruppen mit verführerischen, aber falschen Argumenten ihre Verführung organisiert unter dem Schamorn der Diktatur des Profiteurs.

Die Steuerhinterziehung Erzbergers.

Berlin, 21. Dez. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin hat unabhängig von dem Strafverfahren wegen Meineids gegen den Abgeordneten Erzberger auch das Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung am Sonntag aufgenommen. Das neue Ermittlungsverfahren erfolgt auf Grund des eingegangenen Berichtes des zuständigen Finanzamtes Charlottenburg.

Die Urabstimmung der Eisenbahner.

Berlin, 21. Dez. Die Urabstimmungen in deutschen Eisenbahnerkreisen haben bis Montag mit im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin keine Mehrheit für den sofortigen Streik erbracht.

Die Veröhnungspolitik König Konstantins.

Kopenhagen, 21. Dez. König Konstantin erklärte in Venedig auf der Durchreise nach Athen dem Korrespondenten des Pariser „Exceller“, daß er andauernd den Wunsch habe, Venetia los vom Norden zurückzurufen. Er müsse damit jedoch so lange warten, bis der Widerwille des griechischen Volkes gegen Venetia geschwunden sei. In außenpolitischer Beziehung wolle er dessen Vorgesetzten folgen. Er sei bereit, der Entente Garantien zu geben, aber er werde niemals auf den Thron verzichten.

Der dritte Band.

Der Streit um den dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen“ kommt nicht zur Ruhe. Durch die Veröffentlichung von Aussagen in ausländischen Blättern ist das Interesse der deutschen Öffentlichkeit aufs neue belebt worden, um so mehr, als kein Zweifel möglich ist, daß diese Aussagen, trotz vieler Ungenauigkeiten im einzelnen, zweifellos auf einer Einsicht in das Buch beruhen. Der Gottsche Verlag hat bekanntlich das Recht zur Veröffentlichung. Er ist aber nicht ohne weiteres gebunden, damit zu warten bis zum Tode Kaiser Wilhelm's. Der Herr hat einmal einen solchen Wunsch geäußert. Der Gottsche Verlag hat aber im Einvernehmen mit dem Bismarckischen Hause das Recht, den dritten Band zu veröffentlichen und hat das bekanntlich auch versucht, worauf Kaiser Wilhelm auf Grund des Urheberrechts Einspruch erhob. Die Veröffentlichung unterließ, trotzdem sich der Einspruch des Kaisers nur auf die Weitergabe einiger Briefe von ihm und seinem Vater beziehen konnte. Warum das Werk nicht ohne diese Briefe veröffentlicht wurde, ist, wie Professor U. Eigenbrodt jetzt in der „Deutschen Sta.“ ausführlich, nicht recht verständlich.

Professor Eigenbrodt macht nun einige Angaben über den Inhalt des dritten Bandes, die das, was bisher bekannt geworden ist, in wertvoller Weise ergänzen. Er ist in der Lage, die Kapitelüberschriften des dritten Bandes und den Umfang der einzelnen Abschnitte an geschriebenen Seiten mitzuteilen, macht aber darauf aufmerksam, daß in der Gottsche'schen Handschrift möglicherweise dieses oder jenes nicht enthalten ist, was in der von Bismarck hinterlassenen Urform zur Veröffentlichung bestimmt war. Es heißt da:

„Auffallen muß jedenfalls, daß in der italienischen Veröffentlichung, wie sie die „Sta.“ bringt, kein Wort von demjenigen steht, was Fürst Bismarck über den Stand der Gesundheit Kaiser Wilhelm's II. über den Zusammenhang der mangelnden Vollgenundheit mit Worten wie Taten des Kaisers und über Befürchtungen gesagt hat, die den Fürsten im Jahre 1890 entscheidend dahin bestimmten, daß er seinen Posten nicht aufgeben wollte. Fürst Bismarck hatte zu seinen Befürchtungen gute Gründe; er befaß auch ärztliche Gutachten über den Kaiser. Erst wenn man diese Tatsachen kennt, versteht man den vollen Aufschluß über das Verhalten des Fürsten Bismarck in der Zeit vom Januar bis März 1890; der Fürst wollte seinen Posten weiter behaupten, weil er dies im Staatsinteresse für notwendig hielt. Gerade hier liegt, wie mir wohl mitteilte, die Aufklärung. Damit stimmt genau überein, was auch Heinrich von Posinger aus dem Munde des Fürsten Bismarck vernahm.“

Der dritte Band enthält folgende Abschnitte: 1. Prinz Wilhelm (S. 1 bis 48). 2. Großherzog Friedrich von Baden (S. 49 bis 95). 3. Minister von Bülow (S. 96 bis 129). 4. Minister von Hertefeld (S. 130 bis 155). 5. Kronprinz vom 24. Januar 1890 (S. 156 bis 171). 6. Verhandlungsversuche (S. 172 bis 187). 7. Meine Entlassung (S. 188 bis 194). 8. Graf Caprivi (S. 195 bis 204). 9. Kaiser Wilhelm II. (S. 205 bis 241). Der erste Abschnitt „Prinz Wilhelm“ enthält den größten Teil der Briefe, deren willkürliche Weitergabe das Stuttgarter Gericht untersagte. Der Inhalt dieser Briefe und der Erwiderungen des Fürsten Bismarck wurde bei Gelegenheit der Stuttgarter Verhandlung schon hinreichend bekannt. Der italienische Bericht bringt darüber gleichfalls Einzelheiten. Fürst Bismarck teilte diese Briefe mit, um der Nachwelt Einblick in die Verfassungsverhältnisse schon des Prinzen Wilhelm zu eröffnen; denn der Ton der primären Briefausstellungen ist unentbehrlich. Was in dem italienischen Blatt über die nachfolgenden Abschnitte des Bismarckbuches gedruckt wird, erweckt den Eindruck, daß der Berichterstatter das Buch in der Hand gehabt, sich nicht auf Aufzeichnungen gemacht, einzelnes nur aus dem Gedächtnis erzählt und dabei die Details durch Selbsterfindung hat. Schon der Verlauf des Kronprinz vom 24. Januar 1890 ist gänzlich entsetzt wiedergegeben. Bismarck sagte niemals, man müsse die „murrnden Arbeiter zu Paaren treiben“; vielmehr machte er seit dem weisfällischen Bergarbeiteraufstande im Frühjahr 1889 und dann auch im Kronprinz vom 24. Januar 1890 immer und immer wieder geltend, die Lohnfragen seien zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne staatliche Einmischung auszulösen; gegen Verewaltung von Arbeitswilligen aber, wie überhaupt gegen Unruhen, müsse die Staatsgewalt einschreiten.

Was und gar willkürlich legt der italienische Berichterstatter dem Fürsten Bismarck bei dem Kampfe um sein Amt überbleiben „Trotz“, „Doch“ und sonstige Leidenschaftsgefühle unter; wahr ist es, daß Fürst Bismarck nicht weggehen wollte, er trübte sich dagegen aus Gründen des Staatswohles, aus Gründen, die in seinen Befürchtungen gerade über den Kaiser wurzeln. In einer Denkschrift, die Fürst Bismarck seinem Entlassungsantrage beigab, sprach sich der Fürst noch weiter über die Unzulässigkeit seines Abganges unter gegenwärtiger Lage ausführlich aus.

Durchaus verwirrt ist die italienische Berichterstattung über den 15. März 1890, an welchem Tage Kaiser und Kanzler besonders hart aufeinander trafen. Auch hier bezeugt der Berichterstatter in der Auswahl des Sektionsartikels, und dann wird er in dieses Gespräch, das sich nach den übereinstimmenden Berichten des Fürsten Bismarck und Kaiser Wilhelm's II. um den Besuch von Vindig bei dem Fürsten und um die Kabinetsorder von 1890 drehte, alles mögliche andere hinein, läßt am 15. März 1890 im Kanzlerhause sich auftragen, was zu an der Zeit, teils vorher, teils nachher hatte. — Zwei Tage nach dem 15. März 1890 erhielt Fürst Bismarck von dem Kaiser ein An von dem Italiener erwähnten Handschriften über die Berichte des Konigs Raffani zu Rom. Nicht dieser Konig, dessen Namen der italienische Berichterstatter eben-